

Thomas Meyer

Eine Mission, die zum Erfolg werden kann

Die Verwandlung von mageren 25 % der Wählerstimmen in ein sozialdemokratisch gefärbtes Regierungsprogramm und eine fast paritätische Anzahl von Ministern in der neuen Großen Koalition, und das nach einem in Form und Ergebnis so überzeugenden Mitgliederentscheid – das ist, da sind sich die Medien einig, das politische Meisterstück Sigmar Gabriels und eine große Chance für die SPD. Der hat ja aus Stroh Gold gesponnen, meinten die einen; das war der glänzend bestandene Befähigungstest für die kommende Kanzlerkandidatur, schrieben die anderen. Mit der kaum erwartbaren Riesenbeteiligung von fast 80 % ihrer Mitglieder und deren verantwortungsvollem Votum: der Startschuss für die Rückkehr der SPD als politischer Offensivkraft? Oder: Alles übertrieben, und nüchtern gesehen eine bloße Frucht der Augenblickseuphorie, in die sich das lange Bangen der Öffentlichkeit bis hinein in die ewig nörgelnde Medienmeute plötzlich erleichtert entlud? Eines ist sicher, der hämische Blick einiger ihrer Wortführer so wie im Wahlkampf kann im Handumdrehen wieder die Bilder und Geschichten bestimmen, die über diese Koalition und allem voran über die Rolle der Sozialdemokratie in ihr verbreitet werden. Das Rauf- und Runterschreiben von politischen Akteuren und die Versuchung der Medien, das Politische spektakulär auf die wirklichen oder angedichteten Mängel von Personen und ihre Konflikte zu reduzieren, ist, wie die vergangene Wahl gezeigt hat, mittlerweile zu einer zentralen Machtquelle der Republik geworden. Vielleicht werden sie schon morgen wieder der Valium-Kanzlerin aus der Hand fressen und vor allem wirklich Sozialdemokratischen in der Politik dieser Regierung nichts als warnen.

Und im Programm dieser Regierung ist ja ein gerüttelt Maß Sozialdemokratie enthalten. Nicht ganz das, was die große Wahlbotschaft der Überwindung gesellschaftlicher Spaltung verhieß, aber gemessen an der dafür erzielten Stimmenzahl doch erstaunlich viel. So viel, dass die FAZ dem Ganzen die Überschrift gab: »Eine sozialdemokratisierte Politik mit bürgerlichem Antlitz«. Als eigentlicher Coup könnte sich freilich etwas ganz Anderes erweisen, dessen Tragweite in der SPD selbst und in den meisten Kommentaren bislang verkannt wird. Etwas, das zur Plattform dafür werden kann, dass es Sigmar Gabriel gelingt, auf überraschende Weise jenen sozialdemokratischen Überschuss über die gemeinsame Tagespolitik dieses Regierungsbündnisses in der Öffentlichkeit bewusst zu machen, der für einen Erfolg bei der nächsten Wahlabrechnung den Ausschlag über Wohl und Wehe seiner Partei geben wird. Es geht um die kluge Verbindung von Wirtschaft und Energie, dem zentralen Umweltthema dieser Zeit, in einem Ministerium und dessen Komplettierung durch ein ebenfalls sozialdemokratisch geführtes Arbeits- und Sozialministerium. Die richtige Handhabung dieser Kombination bei der Lösung der anstehenden großen Herausforderungen – Wirtschaftswachstum, Energiewende, Mindestlohn – und die glaubhafte, alle entpolitisierende Medienwirrnis überspielende Verkörperung der dabei möglichen Erfolge durch zwei sozialdemokratische Politiker, haben durchaus das Zeug zu einem sozialdemokratischen Erfolg unter den Bedingungen einer Großen Koalition und vor allem auch dem, was danach kommt.

Die Lehre aus den beiden vorherigen Superbündnissen von Union und SPD ist

ja, dass keineswegs die sozialdemokratische Juniorrolle an sich die Partei zum Misserfolg bei den nachfolgenden Wahlen verdammt. Wenn sie verhindert, dass ihre eigene Botschaft in einem solchen Bündnis untergeht und wenn die gesellschaftliche Problemwahrnehmung ihren Themen entgegen kommt, kann die Sozialdemokratie durchaus gestärkt daraus hervorgehen. Von der beklagenswerten Unterbelichtung des Eurothemas im Wahlkampf einmal abgesehen, bestand der Hauptmangel der sozialdemokratischen Profilbildung offenbar darin, dass sie nicht zielstrebig die Idee verfocht, Partei der wirksamen Balance zwischen Wirtschaftswachstum, ökologischer Umsicht und sozialer Gerechtigkeit zu sein. Sigmar Gabriel hatte diesen Gedanken in seinem viel zu wenig beachteten Buch *Links Neu Denken* von 2008 inhaltlich sorgfältig begründet und strategisch erläutert. Da alle bundestagsfähigen Parteien in Deutschland die drei Kernthemen (Wirtschaftswachstum-Ökologie-Soziale Gerechtigkeit) auf je eigene Weise aufgreifen, muss das Markenzeichen der SPD darin bestehen, zwischen ihnen eine faire und funktionierende Balance zu schaffen, die der tatsächlichen inneren Verflechtung der damit verbundenen Probleme gerecht wird. Isolation oder einseitige Überspitzung einer dieser Politikansätze führt heute unvermeidlich in die Krise und ist zum Scheitern verurteilt. Die CDU setzt zu sehr auf Wirtschaftswachstum, die Grünen zu ausschließlich auf Ökologie und die Linkspartei auf ein Verständnis von sozialer Gerechtigkeit, das deren wirtschaftliche Voraussetzungen vernachlässigt.

Worauf es für die SPD folglich ankommt, ist das Erlernen der Kunst, diese Ungleichgewichte der Anderen für ihre

Eigenprofilierung zu nutzen, die in diesem inhaltlichen Sinne den sozialdemokratischen Überschuss über die aktuelle Koalition sichtbar werden lässt, ohne den Verdacht des Vertrauensbruchs oder der Unzuverlässigkeit zu wecken. Diese Profilierung muss an den Differenzpunkten ansetzen, die für eine große Öffentlichkeit plausibel sind und darum medial schwer skandalisierbar. Denn eines ist sicher: Der Mainstream der deutschen Einflussjournalisten wird weiterhin, wahrscheinlich mit zusätzlicher Verve, offen oder verdeckt, sein Lieblingsprojekt massiv protegieren, und das heißt nun mal Schwarz-Grün. Denn das allein trifft die eigentümliche Synthese von Neubürgerlichem Besitzstandsinteresse und postmoderner Kultur vieler Journalisten. Die Grünen für ein mögliches Mitte-Linksbündnis bei der Stange zu halten, setzt freilich eine glaubwürdige Machtperspektive voraus. Und die ist ohne eine realistische geläuterte Linkspartei nicht zu haben. Das muss die SPD als Partei anbahnen. Ein Erfolg ist nicht ausgeschlossen. Ein Trugschluss wäre es allerdings, wollte die SPD dafür selbst mehr nach links rücken, um dies wahrscheinlicher zu machen. Dort bestellt ja schon die Linksparte selber emsig das Feld.

Die linken Andockstellen können einem solchen Projekt nur dienen, wenn die SPD bei ihrer Kursbestimmung die ungeschmälert gültige Formel Willy Brands beherzigt, dass sozialdemokratische Mehrheitsfähigkeit davon abhängt, ein Bündnis zwischen Arbeiterschaft und aufgeklärtem Bürgertum zu schmieden, also die politische Mitte zu umfassen. Dafür sind Sigmar Gabriels Balanceformel und die sozialdemokratische Ausgangsposition in der neuen Regierung eine ziemlich gute Voraussetzung.



Thomas Meyer

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Soziale Demokratie. Eine Einführung und: Was ist Fundamentalismus?*

thomas.meyer@fes.de